

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 27/75

Berlin

3. Juli 1975

42. Jahrgang

Häglin

Noch keine Besserung der Lage am Arbeitsmarkt in Sicht

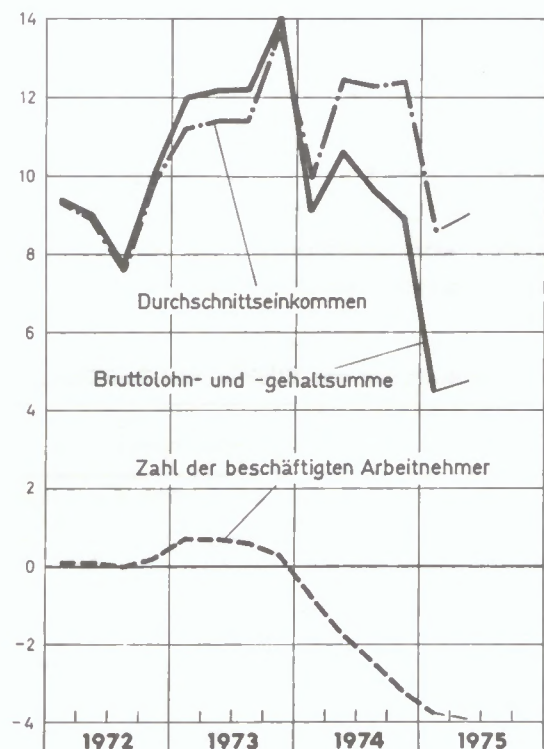
Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland im ersten Quartal 1975

Mit dem starken Rückgang des realen Sozialprodukts hat sich im ersten Quartal 1975 die Lage am Arbeitsmarkt bedrohlich verschlechtert. Insgesamt waren im Quartalsdurchschnitt 845 000 Arbeitnehmer weniger beschäftigt als ein Jahr zuvor. Dabei stieg die Arbeitslosenzahl auf fast 1,2 Mill. an; einschließlich der hohen Zahl von Kurzarbeitern waren über 2 Millionen Erwerbspersonen von Arbeitseinschränkungen und damit auch von Einkommenseinbußen betroffen.

Die Tarifpartner haben versucht, mit zurückhaltenden Tarifaufbesserungen in der Lohnrunde 1975 der schlechten Konjunkturlage Rechnung zu tragen. Insgesamt waren die Tarifierhöhungen nur gut halb so hoch wie im Vorjahr. Der Anstieg der durchschnittlichen Individualeinkommen war in I/75 mit 8,6 vH allerdings noch immer erheblich, und selbst diese Zahl ist wegen der ausstehenden Nachzahlungen aus verspäteten Tarifvereinbarungen noch zu niedrig. Bei verstärkt rückläufiger Beschäftigung expandierte die Bruttolohn- und -gehaltssumme im Vorjahrsvergleich mit 4,5 vH weitaus schwächer als im vorangegangenen Quartal.

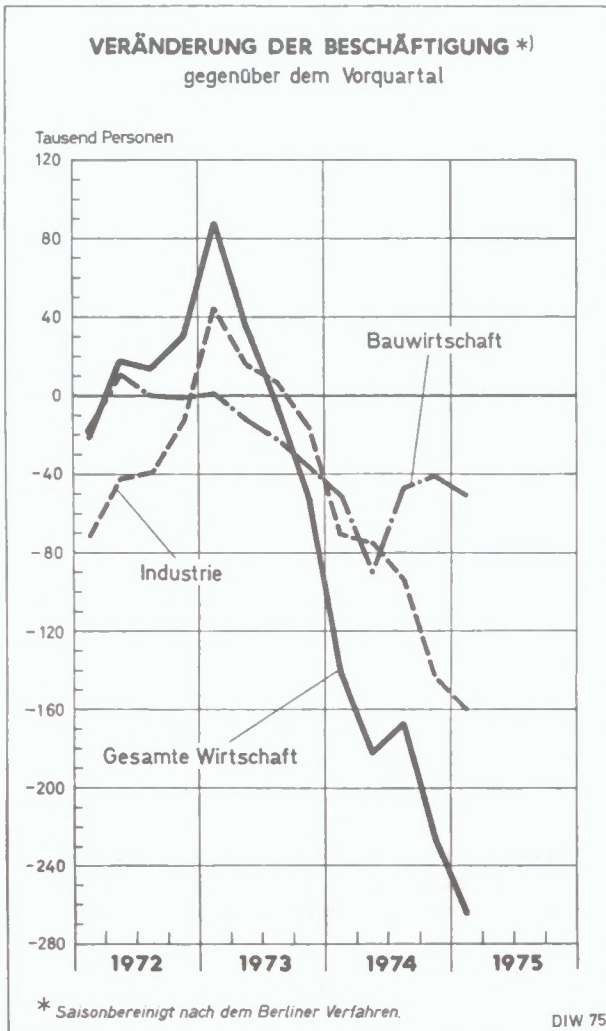
Trotz reduzierter Abschlüsse übertraf das gesamtwirtschaftliche Tariflohn- und -gehaltsniveau im Berichtsquartal den entsprechenden Vorjahrsstand um

**ENTWICKLUNG DER ARBEITNEHMEREINKOMMEN
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND***
Veränderung in vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsquartal



* 2. Quartal 1975 geschätzt

DIW 75



über 10 vH. Schwächer als die Tarifverdienste sind jedoch die durchschnittlichen Effektivemkommen gestiegen, wozu insbesondere der Abbau übertariflicher Zahlungen, vermehrte Kurzarbeit, aber auch

die nicht periodengerechte Auszahlung von vereinbarten Lohnerhöhungen beigetragen haben. Die Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate — die Lohndrift — war bei den Lohnempfängern (— 2,6 Prozentpunkte) ausgeprägter als bei den Angestellten (— 0,5 Punkte).

Die Erwartung, daß sich durch maßvollere Tarifpolitik der Kostendruck in der Wirtschaft mindern und sich demzufolge auch die Ertragsverhältnisse bessern würden, hat sich bisher nicht erfüllt. Bei rückläufiger Produktion ist der Lohnkostendruck im Berichtsquartal nochmals stärker geworden. In der Gesamtwirtschaft belief sich der Anstieg der Lohnstückkosten gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit auf 11 vH. Entgegen der in der Vergangenheit beobachteten Konstellation sind die Lohnstückkosten in der Industrie erheblich schneller gestiegen als in der Gesamtwirtschaft. Die schon Ende 1974 sehr ungünstige Entwicklung wurde noch übertroffen: Löhne und Gehälter je Produkteinheit erhöhten sich im ersten Quartal 1975 — verglichen mit der Vorjahrsperiode — um nicht weniger als 17 vH.

Beschäftigung

Die Zahl der Beschäftigten hat im Berichtsquartal wesentlich stärker als zuvor abgenommen: gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 264 000. Insgesamt beträgt damit der Beschäftigtenrückgang seit dem dritten Quartal 1973 — dem in der gegenwärtigen Konjunkturphase ersten Vierteljahr mit sinkender Beschäftigtenzahl — reichlich 1 Mill. Personen. Wegen des schrumpfenden Erwerbskräftepotentials hat sich allerdings die Arbeitslosenzahl nicht entsprechend erhöht: Im Vorjahrsvergleich stieg sie

Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen¹⁾ und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen²⁾

	1972				1973				1974				1975
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Zunahme in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit													
Arbeiter	10,3	8,9	7,4	11,6	11,8	11,1	11,3	11,8	9,2	11,2	11,6	12,5	8,0
effektiv	10,3	8,9	7,4	11,6	11,8	11,1	11,3	11,8	9,2	11,2	11,6	12,5	8,0
tariflich ³⁾	10,1	10,5	9,0	9,0	9,6	9,9	10,0	10,0	10,8	11,4	12,1	12,0	10,6
Angestellte	8,9	9,7	8,0	8,9	10,7	12,0	11,5	14,1	10,2	12,9	13,3	12,5	9,6
effektiv	8,9	9,7	8,0	8,9	10,7	12,0	11,5	14,1	10,2	12,9	13,3	12,5	9,6
tariflich ³⁾	8,8	9,2	9,8	9,7	9,5	10,5	9,3	9,4	10,8	11,1	11,9	12,0	10,1
Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate													
Arbeiter	+ 0,2	— 1,6	— 1,6	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,8	— 1,6	— 0,2	— 0,5	+ 0,5	— 2,6
Angestellte	+ 0,1	+ 0,5	— 1,8	— 0,8	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 4,7	— 0,6	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,5	— 0,5

1) Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne. — 2) Industrie, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Öffentlicher Dienst; bei den Angestellten zusätzlich Geld-, Bank- und Versicherungswesen. — 3) Jeweils der erste Monat eines Vierteljahres.

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl¹⁾
in 1000 Personen

	1972				1973				1974				1975
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Land- und Forstwirtschaft	302	300	299	298	296	295	293	292	291	289	287	285	285
Produzierendes Gewerbe	11 888	11 859	11 823	11 810	11 857	11 862	11 845	11 791	11 665	11 496	11 348	11 152	10 929
dar.: Industrie	8 857	8 814	8 775	8 761	8 805	8 821	8 828	8 812	8 741	8 666	8 572	8 428	8 268
Baugewerbe	1 902	1 913	1 913	1 912	1 913	1 901	1 879	1 843	1 792	1 702	1 655	1 614	1 563
Handel und Verkehr	4 257	4 271	4 280	4 286	4 295	4 294	4 288	4 261	4 228	4 199	4 165	4 119	4 069
Dienstleistungen	5 960	5 995	6 037	6 075	6 108	6 139	6 159	6 186	6 205	6 224	6 239	6 257	6 265
Beschäftigte, gesamt	22 407	22 425	22 439	22 469	22 556	22 590	22 584	22 531	22 389	22 207	22 039	21 813	21 549

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

um 535 000. Bei einer „normalen“ Altersstruktur — also bei einem stärkeren Zugang von Berufsanfängern, wie er in den meisten Industrieländern typisch ist — wäre das Ausmaß der Arbeitslosigkeit erheblich höher. Entlastend für den Arbeitsmarkt hat auch die Heimkehr von Gastarbeitern in die Heimatländer gewirkt; ebenso wie 1967 bildet die Ausländerbeschäftigung auch gegenwärtig einen beachtlichen „Konjunkturpuffer“.

Mit dem abermals extrem milden Wetter sind die üblichen saisonalen Einschränkungen der Beschäftigung weitgehend entfallen. Dennoch belief sich Ende Februar — zum saisonalen Höhepunkt — die Arbeitslosenzahl auf fast 1,2 Mill. Nach den saisonbereinigten Daten hat damit allein von Ende Dezember bis Ende März die Arbeitslosenzahl nochmals um fast 200 000 zugenommen. Daß gleichzeitig die Zahl der Kurzarbeiter auf fast eine Million angestiegen ist, unterstreicht die prekäre Beschäftigungssituation. Da auch die Zahl der offenen Stellen weiter abnahm, stand am Ende des Berichtsquartals für je vier Arbeitsuchende nur noch ein Arbeitsplatz bereit.

Auskunft über die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Einkommenseinbußen und die Reaktion der Arbeitslosen auf das Angebot eines neuen Arbeitsplatzes gibt eine gerade veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die sich auf eine Repräsentativbefragung von Arbeitslosen im Januar 1975 stützt¹. Danach verringerte sich das Nettoeinkommen aufgrund von Arbeitslosigkeit erheblich, in der Mehrzahl der Fälle um 300 bis 600 DM monatlich. Die Chance, einen Arbeitsplatz zu finden, war für ungelernte und angelernte Arbei-

ter besonders ungünstig. Nach dieser Befragung war eine relativ hohe Bereitschaft bei — wenig qualifizierten — männlichen und jüngeren Arbeitslosen vorhanden, auch weniger attraktive Arbeitsstellen anzunehmen.

Wenn nun von dem schon weit über ein Jahr anhaltenden Beschäftigtenrückgang auch bisher nicht betroffene Wirtschaftsbereiche erfaßt wurden, so lag der Schwerpunkt doch wiederum bei der Industrie. Hier nahm die Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 160 000 ab; fast zwei Drittel des gesamten Rückgangs entfielen auf diesen Bereich. Abgesehen vom Bergbau, dessen Personalbestand nochmals leicht zunahm, waren alle Industriegruppen betroffen, und zwar relativ gleichmäßig. Absolut und saisonbereinigt war die Reduzierung des Personalbestandes (— 85 000) allerdings in den Unternehmen der Investitionsgüterindustrie am stärksten ausgeprägt.

Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden
Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1973			1974				1975
	II	III	IV	I	II	III	IV	I
Industrie ¹⁾ . . .	— 0,6	— 0,6	— 1,3	— 3,3	— 2,9	— 2,3	— 3,3	— 6,4
Bauhauptgewerbe	— 4,0	— 4,4	— 8,8	+ 1,5	— 3,2	— 2,7	+ 3,3	— 3,8

¹⁾ Betriebe mit über 10 Beschäftigten.

Wie schlecht die Beschäftigtenlage in der gesamten Industrie ist, zeigt auch die Entwicklung in ein-

¹ Hermann Saterdag: Situationsmerkmale von Arbeitslosen Anfang 1975 und Voraussetzungen für die Aufnahme einer neuen Beschäftigung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. 8. Jg., Heft 2/1975.

Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland²⁾ im 1. Quartal 1975

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegen- über Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
	Gesamt	Ar- beiter	Angestellte u. Beamte	Lehr- linge	Gesamt	Ar- beiter	Angestellte u. Beamte	Lehr- linge				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Pers.)												
Land- und Forstwirtschaft	177	128	25	24	82	67	6	9	259	- 2,2	- 2,4	- 2,3
Bergbau	247	196	41	10	7	3	4	0	254	0,8	.	0,8
Energiewirtschaft	191	123	62	6	23	6	17	0	214	0,5	± 0,0	0,5
Grundstoff- u. Prod.-güterind.	1 370	991	341	38	308	158	138	12	1 678	- 4,0	- 3,1	- 3,8
Investitionsgüterindustrie	2 826	1 891	771	164	958	622	308	28	3 784	- 5,3	- 5,9	- 5,4
Verbrauchsgüterindustrie	892	652	209	31	937	773	132	32	1 829	- 7,8	- 8,8	- 8,3
Nahrung- und Genußmittelind.	304	201	99	4	173	123	46	4	477	- 5,6	- 6,0	- 5,7
Industrie, gesamt	5 830	4 054	1 523	253	2 406	1 685	645	76	8 236	- 5,0	- 6,6	- 5,5
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	839	601	104	134	252	96	122	34	1 091	- 3,1	- 2,7	- 3,0
Baugewerbe	1 370	1 139	137	94	101	12	81	8	1 471	- 13,9	- 7,3	- 13,5
Produzierendes Gewerbe	8 039	5 794	1 764	481	2 759	1 793	848	118	10 798	- 6,4	- 6,3	- 6,4
Handel	1 267	498	632	137	1 367	231	973	163	2 634	- 4,7	- 4,9	- 4,8
Verkehr ³⁾	1 171	535	594	42	266	88	170	8	1 437	- 1,5	- 2,9	- 1,8
Handel und Verkehr	2 438	1 033	1 226	179	1 633	319	1 143	171	4 071	- 3,2	- 4,6	- 3,8
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	2 342	389	1 920	33	1 057	221	809	27	3 399	1,6	1,8	1,7
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	358	14	313	31	322	26	271	25	680	0,8	0,9	0,9
Gaststättenwesen	144	82	45	17	234	144	82	8	378	- 0,7	- 0,8	- 0,8
Häusliche Dienste	1	—	1	—	256	172	73	11	257	.	- 1,5	- 1,5
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	82	63	12	7	335	241	49	45	417	± 0,0	- 0,6	- 0,5
Sonstige Dienstleistungen ⁶⁾	386	95	267	24	752	180	521	51	1 138	0,3	0,7	0,5
Dienstleistungen, gesamt	3 313	643	2 558	112	2 956	984	1 805	167	6 269	1,3	0,6	1,0
Insgesamt	13 967	7 598	5 573	796	7 430	3 163	3 802	465	21 397	- 4,1	- 3,2	- 3,8
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM)												
Land- und Forstwirtschaft	647	458	167	22	209	176	25	8	856	5,0	5,0	5,0
Bergbau	1 555	1 132	412	11	38	15	23	0	1 593	14,7	.	14,6
Energiewirtschaft	1 229	741	482	6	129	28	101	0	1 358	10,8	11,2	10,9
Grundstoff- u. Prod.-güterind.	8 889	5 584	3 263	42	1 381	585	784	12	10 270	4,3	6,4	4,6
Investitionsgüterindustrie	17 420	10 362	6 884	174	4 074	2 289	1 756	29	21 494	3,7	3,7	3,7
Verbrauchsgüterindustrie	4 880	3 202	1 644	34	3 207	2 506	668	33	8 087	0,5	- 0,7	0,0
Nahrungs- und Genußmittelind.	1 904	1 083	817	4	638	392	242	4	2 542	5,3	5,5	5,3
Industrie, gesamt	35 877	22 104	13 502	271	9 467	5 815	3 574	78	45 344	4,1	2,8	3,8
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	3 510	2 788	600	122	730	290	411	29	4 240	4,0	4,6	4,1
Baugewerbe	6 801	5 564	1 138	99	444	55	381	8	7 245	- 7,0	0,9	- 6,5
Produzierendes Gewerbe	46 188	30 456	15 240	492	10 641	6 160	4 366	115	56 829	2,3	2,8	2,4
Handel	6 397	2 182	4 089	126	4 622	745	3 734	143	11 019	3,6	3,9	3,7
Verkehr ³⁾	6 497	2 773	3 682	42	1 255	370	877	8	7 752	4,4	3,7	4,3
Handel und Verkehr	12 894	4 955	7 771	168	5 877	1 115	4 611	151	18 771	4,0	3,9	4,0
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	15 956	2 019	13 900	37	5 830	878	4 923	29	21 786	8,8	9,2	8,9
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	2 215	68	2 114	33	1 407	89	1 292	26	3 622	8,3	8,7	8,4
Gaststättenwesen	661	357	288	16	718	413	298	7	1 379	5,4	5,7	5,6
Häusliche Dienste	5	—	5	—	706	440	256	10	711	.	5,7	5,6
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	325	243	75	7	906	671	195	40	1 231	8,0	7,3	7,5
Sonstige Dienstleistungen ⁶⁾	2 202	434	1 743	25	2 625	562	2 011	52	4 827	7,7	8,4	8,1
Dienstleistungen, gesamt	21 364	3 121	18 125	118	12 192	3 053	8 975	164	33 556	8,5	8,4	8,5
Insgesamt	81 093	38 990	41 303	800	28 919	10 504	17 977	438	110 012	4,2	5,4	4,5
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	1 218	1 193	2 227	306	850	876	1 389	296	1 102	7,4	7,6	7,5
Bergbau	2 099	1 925	3 350	367	1 810	1 667	1 917	.	2 091	13,7	.	13,7
Energiewirtschaft	2 145	2 008	2 591	333	1 870	1 556	1 980	.	2 115	10,2	11,2	10,3
Grundstoff- u. Prod.-güterind.	2 163	1 878	3 190	368	1 495	1 234	1 894	333	2 040	8,7	9,8	8,8
Investitionsgüterindustrie	2 055	1 827	2 976	354	1 418	1 227	1 900	345	1 893	9,4	10,2	9,6
Verbrauchsgüterindustrie	1 824	1 637	2 622	366	1 141	1 081	1 687	344	1 474	8,9	8,9	9,0
Nahrungs- und Genußmittelind.	2 088	1 796	2 751	333	1 229	1 062	1 754	333	1 776	11,5	12,2	11,7
Industrie, gesamt	2 051	1 817	2 955	357	1 312	1 150	1 847	342	1 835	9,6	10,1	9,8
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	1 395	1 546	1 923	303	966	1 007	1 123	284	1 295	7,3	7,5	7,3
Baugewerbe	1 655	1 628	2 769	351	1 465	1 528	1 568	333	1 642	8,1	8,9	8,1
Produzierendes Gewerbe	1 915	1 752	2 880	341	1 286	1 145	1 716	325	1 754	9,4	9,7	9,4
Handel	1 683	1 461	2 157	307	1 127	1 075	1 279	292	1 394	8,7	9,3	9,0
Verkehr ³⁾	1 849	1 728	2 066	333	1 573	1 402	1 720	333	1 798	6,0	6,8	6,2
Handel und Verkehr	1 763	1 599	2 113	313	1 200	1 165	1 345	294	1 537	7,4	8,9	8,0
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	2 271	1 730	2 413	374	1 839	1 324	2 028	358	2 137	7,1	7,3	7,1
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	2 062	1 619	2 251	355	1 427	1 141	1 589	347	1 775	7,4	7,7	7,5
Gaststättenwesen	1 530	1 451	2 133	314	1 023	956	1 211	292	1 216	6,2	6,6	6,4
Häusliche Dienste	1 667	—	1 667	—	919	853	1 169	303	922	.	7,3	7,3
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	1 321	1 286	2 083	333	901	928	1 327	296	984	8,0	8,0	8,0
Sonstige Dienstleistungen ⁶⁾	1 902	1 523	2 176	347	1 164	1 041	1 287	340	1 414	7,4	7,7	7,5
Dienstleistungen, gesamt	2 150	1 618	2 362	351	1 375	1 034	1 657	327	1 784	7,2	7,7	7,4
Insgesamt	1 935	1 711	2 470	335	1 297	1 107	1 576	314	1 714	8,6	8,9	8,6

1) Einschl. Heimarbeiter. — 2) Einschl. Berlin (West). — 3) Einschl. Bundesbahn und -post. — 4) Einschl. Soldaten. — 5) U. a. Fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — 6) U. a. Org. ohne Erwerbscharakter und freie Berufe.

Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen

Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1973	1974	1973				1974				1975	
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II ¹⁾
Beschäftigung	0,6	— 2,0	0,7	0,7	0,6	0,3	— 0,7	— 1,7	— 2,4	— 3,2	— 3,8	— 4,1
Bruttolöhne und -gehälter	12,6	9,5	12,0	12,2	12,2	14,0	9,1	10,6	9,6	8,9	4,5	4,7
Durchschnittseinkommen	12,0	11,7	11,2	11,4	11,4	13,7	9,9	12,5	12,3	12,4	8,6	9,2

1) Schätzung.

zelenen Industriezweigen: Geringfügig zugenommen hat lediglich die Beschäftigung im Schiffbau und in der feinmechanischen und optischen Industrie. Besonders kräftig rückläufig war demgegenüber der Personalbestand in der Elektrotechnik (— 33 000), im Maschinenbau (— 21 000) sowie in der EBM-Industrie (— 14 000). In der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie hielt der seit längerem zu beobachtende Beschäftigtenrückgang immer noch an (— 16 000). Im Vorjahrsvergleich haben neben der letztgenannten Gruppe die Gummi- und Asbestindustrie, die Industrie der Steine und Erden sowie die EBM-Industrie ihren Personalbestand um mehr als ein Zehntel eingeschränkt.

Schien die Beschäftigtenentwicklung in der Bauindustrie im vierten Quartal 1974 — im Vergleich zur Industrie — relativ günstig gewesen zu sein, so hat die trotz kaum spürbarer Witterungsbehinderung sehr hohe Zahl von Entlassungen gezeigt, daß der konjunkturell und strukturell begründete Schrumpfungsprozeß noch nicht beendet worden ist. Saisonbereinigt ging die Beschäftigtenzahl im Berichtsquartal um über 50 000 zurück. Das Vorjahrsniveau wurde damit um 13,5 vH unterschritten. Insgesamt ist der Beschäftigtenstand in der Bauwirtschaft seit dem zweiten Quartal 1973 konjunkturell um nicht weniger als 340 000 Personen reduziert worden.

Deutlich verschlechtert hat sich nun auch die Beschäftigungslage im Handel. Im ersten Quartal 1975 ist hier die Beschäftigtenzahl saisonbereinigt um 36 000 zurückgegangen. Im Verkehrswesen, wo die Beschäftigtenentwicklung zuvor noch günstig gewesen war, ist es erstmals zu Entlassungen größeren Umfangs (— 14 000) gekommen. Ähnliches gilt für das produzierende Handwerk (— 12 000), das sich ebenfalls lange Zeit als relativ krisenfest erwiesen hatte. Die Aufnahme zusätzlicher Beschäftigter im Dienstleistungsbereich beschränkte sich entgegen

den noch im vergangenen Jahr zu beobachtenden Tendenzen auf den öffentlichen Dienst.

Kam schon die oben erwähnte Repräsentativbefragung zu dem Ergebnis, daß nicht alle Gruppen gleichmäßig von Entlassung und Arbeitslosigkeit bedroht sind, so wird dies durch die für das erste Quartal vorliegenden Daten voll bestätigt. Für Ausländer ist das Risiko der Arbeitslosigkeit doppelt so hoch wie für den Durchschnitt aller Arbeitnehmer. Im Berichtsquartal war in der Gesamtwirtschaft die Zahl der Arbeiter um 6,3 vH, die der Angestellten und Beamten jedoch um lediglich 0,9 vH geringer als ein Jahr zuvor.

Durchschnittseinkommen

Nach überhöhten Tarifierhebungen im Vorjahr haben die Tarifvereinbarungen zu Jahresbeginn 1975 eine Wende gebracht. Mit Erhöhungen zwischen 6,5 und 7 vH wurde das Expansionstempo der Arbeitnehmereinkommen deutlich gebremst. Einbußen aufgrund von Arbeitszeitverkürzungen haben im Rahmen der Gesamtwirtschaft die Zunahme der Lohneinkommen erheblich gedrosselt, ganz zu schweigen von den Einkommensverlusten jener Arbeitnehmer, die inzwischen ihren Arbeitsplatz verloren haben. Das monatliche Bruttoeinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer erhöhte sich auf 1 714 DM (Vorjahrsvergleich: + 8,6 vH). Die schon im Herbst vorigen Jahres (drittes Quartal 1974) erreichten Durchschnittswerte wurden damit deutlich unterschritten. Hierzu trug bei, daß insbesondere im öffentlichen Dienst tariflich beschlossene Zahlungen noch nicht geleistet worden sind.

Im ersten Vierteljahr variierten die Zuwachsraten der Individualeinkommen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen merklich schwächer als bisher. Die größten Einkommensverbesserungen konnten aber-

mals im Bergbau (+ 13,7 vH) durchgesetzt werden. Daneben waren zweistellige Raten nur noch in der Energiewirtschaft und in der Nahrungsmittelindustrie festzustellen.

Zumeist belief sich im Vorjahrsvergleich die Zunahme der durchschnittlichen Einkommen je Beschäftigten auf 8 bis 9 vH. Ein genaueres Bild der effektiven Einkommensentwicklung wird allerdings erst das Ergebnis des ersten Halbjahres bringen können, wenn die Nachzahlungen aus den mit Jahresbeginn wirksam gewordenen Abschlüssen geleistet sein werden.

Dicht beieinander lag das Tempo der Einkommenssteigerung bei Arbeitern und Angestellten. Im ersten Quartal 1975 erhöhten sich die Lohneinkommen der Arbeiter um 7,7 vH, die Verdienste der Angestellten (einschließlich Beamte) um 8,7 vH. Angesichts der äußerst unterschiedlichen Beschäftigtenentwicklung nahm allerdings die gesamte Lohnsumme (Arbeiter) nur geringfügig — um 0,9 vH — zu, die Gehaltsumme (Angestellte und Beamte) dagegen um 7,7 vH.

Ausblick

Im Frühjahr 1975 war noch keine Besserung der Lage am Arbeitsmarkt zu erkennen. Nach dem Abbau der in diesem Jahr nur geringen saisonalen Arbeits-

losigkeit verharnte die Arbeitslosenzahl (Ende Mai) bei über 1 Million. Auch im weiteren Jahresverlauf wird die sehr hohe Arbeitslosigkeit wohl kaum reduziert werden. Die zur Zeit fast ebenso hohe Zahl von Kurzarbeitern stellt bei zunehmender Produktion in der ersten Phase eine vorrangige „Einsatzreserve“ dar. Es ist damit zu rechnen, daß sich 1975 die durchschnittliche Arbeitslosenzahl auf über 1 Million, die Arbeitslosenquote also auf über 4,5 vH belaufen wird. Ein kräftiger Abbau der Arbeitslosigkeit kann daher erst Ziel des Jahres 1976 sein.

Im zweiten Quartal 1975 dürfte sich der Rückgang der Beschäftigtenzahl saisonbereinigt im Vergleich zum ersten Vierteljahr etwas abgeschwächt haben, das entsprechende Vorjahrsniveau um 4 vH unterschritten worden sein. Saisonbereinigt entfiel Ende Juni auf je fünf Arbeitsuchende lediglich ein angebotener Arbeitsplatz.

Hohe Arbeitslosenzahl und anhaltender Produktionsrückgang haben das Klima bei Lohnverhandlungen weiter abgekühlt. Die gesamte Lohnrunde 1975 wird durch tarifliche Anhebungen um 6 bis 7 vH bei eher noch schwächerer Tendenz gekennzeichnet sein. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Ausfälle durch Beschäftigtenrückgang und Kurzarbeit werden die gesamten Lohn- und Gehaltzahlungen im Durchschnitt dieses Jahres wohl kaum um mehr als 5 vH über dem Niveau des Vorjahres liegen.

Das langfristige Wohnungsbauprogramm der DDR

Der Wohnungsbestand der DDR weist sowohl hinsichtlich der Altersstruktur als auch der Ausstattung mit sanitären Anlagen, Heizung u. a. erhebliche Mängel auf. Jahrzehntelang sind Instandhaltung und Modernisierung der vorhandenen Wohngebäude vernachlässigt worden. Erst seit Anfang der siebziger Jahre wird diesen Problemen stärkere Aufmerksamkeit gewidmet. In der Wohnungsbauplanung wird der Erhaltung und Modernisierung von Altbauten daher große Bedeutung zuerkannt.

Auf der 6. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR im April 1975 wurde das bereits im Jahre 1973 in seinen Grundzügen beschlossene, sehr umfangreiche Programm zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in der DDR bis zum Jahre 1990¹ erneut bestätigt². Dieses Programm sieht vor, in den Jahren 1976 bis 1990 2,8 bis 3,0 Mill. Wohnungen neu zu bauen bzw. zu überholen und

damit die Wohnbedingungen für 10 der knapp 17 Mill. Einwohner der DDR wesentlich zu verbessern. Allein im Zeitabschnitt 1976 bis 1980 sollen 750 000 Wohnungen fertiggestellt werden. Geplant

¹ Das Wohnungsbauprogramm war 1973 auf der 9. und 10. Tagung des ZK der SED festgelegt und von dem Minister für Bauwesen erläutert worden. Vgl. Neues Deutschland vom 4. 10. 1973, S. 5 ff.

² Vgl. Neues Deutschland vom 24. 4. 1975, S. 3 ff.

sind 550 000 Wohnungen in Neubauten; 200 000 Wohnungen in Altbauten sollen modernisiert werden. Ziel dieser kräftigen Erweiterung des Wohnungsbestandes ist es, die notwendigen Voraussetzungen für den Abriß nicht mehr modernisierungswürdigen Wohnraums zu schaffen.

Die langfristigen Planvorstellungen liegen erheblich über denen des gegenwärtigen Fünfjahrplanes, der eine Gesamtleistung von 500 000 Wohnungen vorsieht. Diese Aufgabe konnte bereits bis Mitte April 1975 bewältigt werden³; statt der vorgesehenen 383 500 Wohnungen wurden jedoch nur 326 000 Wohnungen neugebaut (einschl. 22 000 Eigenheime); 174 000 Wohnungen sind um- bzw. ausgebaut und modernisiert worden. Allerdings dürften bei dem wesentlich teureren Neubau die gemäß Plansoll noch ausstehenden knapp 60 000 Wohnungen bis zum Jahresende zu schaffen sein. Insgesamt ist zu erwarten, daß der Plan um 80 000 modernisierte sowie etwa 14 000 neugebaute Wohnungen überschritten wird.

Für das sehr anspruchsvolle Wohnungsbauprojekt bis 1990 sind insgesamt (einschließlich Erschließungsarbeiten) 200 Mrd. Mark veranschlagt worden, von denen auf den Zeitraum 1976 bis 1980 rund 60 Mrd. Mark entfallen sollen. Versucht man, aus diesem Betrag auf den Umfang der bis 1980 erforderlichen Investitionen zu schließen, so ergibt sich folgendes Bild:

60 Mrd. M Wohnungsbauvolumen
 ./ 15 Mrd. M Baureparaturen und Modernisierungen von Wohngebäuden
 = 45 Mrd. M Investitionen für Wohnungs-Neubauten
 + 5 Mrd. M Investitionen der Hersteller von Baumaterial⁴
 = 50 Mrd. M Investitionen für den Wohnungsbau.

Setzt man diesen Betrag in Beziehung zu dem für 1976 bis 1980 zu veranschlagenden gesamten Investitionsvolumen der DDR, so ergibt sich ein Anteil von rund 20 vH (in den Jahren 1971 bis 1975 waren es lediglich 13 vH). Auch an dieser Relation wird sichtbar, daß der Wohnungsbau einen wichtigen Schwerpunkt im künftigen Investitionsprogramm darstellt.

Bisherige Wohnungsbauleistungen

Das Wohnungsbauvolumen der DDR betrug 1974 – berechnet auf der Preisbasis von 1967 – knapp 6,5 Mrd. Mark, das gesamte Bauvolumen 23,6 Mrd. Mark. Vom Wohnungsbauvolumen entfielen 4,8 Mrd. Mark auf Wohnungsbauinvestitionen und fast 1,7 Mrd. Mark auf Reparaturen (einschl. Modernisierungen).

Das Wohnungsbauvolumen der DDR

Jahr	Bau- volumen ¹⁾	Wohnungs- bau- volumen ²⁾	davon		Anteil des Wohnungs- bauvolu- mens am gesamten Bau- volumen
			Wohnungs- bauinvesti- tionen ³⁾	Baurepara- turen an Wohn- gebäuden ⁴⁾	
	in Mrd. Mark zu Preisen von 1967				in vH
1960	2) 9,66	3,21	2,33	0,88	33,2
1965	2) 12,51	3,62	2,34	1,28	28,9
1970	18,58	4,47	3,05	1,42	24,0
1971	19,64	4,63	3,16	1,47	23,6
1972	20,89	5,44	3,80	1,64	26,0
1973	21,85	5,83	4,33	1,50	26,7
1974	23,58	6,45	4,78	6) 1,67	27,4

¹⁾ Bauproduktion sämtlicher Wirtschaftsbereiche (einschl. Stahlschwerkonstruktionen des Hoch- und Brückenbaus, Metalleichtbau, Export von Bauleistungen), jedoch ohne Nach- und Garantiarbeiten, Lastenaufzüge, Fahrtreppen, Elektroinstallationen im Industriebau, Erdkabellegearbeiten, Projektierungsleistungen für die Investitionsvorbereitung sowie den Export. — ²⁾ Ohne Stahlschwerkonstruktionen des Hoch- und Brückenbaus, Metalleichtbau und Export von Bauleistungen. — ³⁾ Für den Wohnungsbau aufgewendete Mittel (einschl. Aufschleißarbeiten und Aufwand für Folgeeinrichtungen) sowie Mittel für die Erhaltung des Wohnungsbestandes. — ⁴⁾ Ohne Generalreparaturen (Modernisierungen). — ⁵⁾ Baureparaturleistungen an Wohnungen sämtlicher Wirtschaftsbereiche, einschl. Generalreparaturen (Modernisierungen). — ⁶⁾ Geschätzt.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR, Statistisches Taschenbuch der DDR 1975.

Das Wohnungsbauvolumen in den Jahren 1971 bis 1974 betrug zusammen 22,4 Mrd. Mark. Bei Berücksichtigung des für 1975 zu erwartenden Jahreswertes in einer Größenordnung von etwa 7,5 Mrd. Mark läßt sich das Gesamtwohnungsbauvolumen für den gegenwärtigen Fünfjahrplanzeitraum auf 30 Mrd. Mark schätzen. Dies entspricht der Hälfte der für das künftige Jahrfünft vorgesehenen Wohnungsbauleistungen.

Im Zeitraum von 1960 bis 1974 sind 1,2 Mill. Wohnungen gebaut oder durch Umbau gewonnen worden. In den sechziger Jahren schwankte die jährliche Wohnungsbauleistung zwischen 87 000 (1962) und 65 000 (1965) Wohnungen. Hauptgrund für diese

³ Vgl. Neues Deutschland vom 15. 4. 1975, S. 1.

⁴ Insgesamt sind für Investitionen in Bauwirtschaft und Baumaterialienindustrie für das kommende Planjahrfünft 12 Mrd. Mark vorgesehen.

Ausgewählte Daten zum Wohnungsbau der DDR

Jahr	Wohnungs- neubau, -umbau und -ausbau	Ausgebaute und umge- baute Wohnungen	Neugebaute Wohnungen			Wohnfläche insgesamt ¹⁾	Baukosten ²⁾		Gesamtauf- wand je qm Wohnfläche ⁴⁾
			insgesamt	im Montage- bau errichtet	Anteil des Montagebaus		je qm Wohnfläche ³⁾	insgesamt	
1000 Wohnungen					vH	1000 qm	Mark	Mrd. Mark	Mark
zu Preisen von 1967									
1960	80,5	8,6	71,9	23,1	32,1	4 447	494	2,20	523
1961-65 . .	392,1	37,3	354,7	246,7	70,0	21 261	498	10,59	564
1966-70 . .	364,0	67,3	296,7	269,5	90,8	19 583	547	10,72	698
1971	76,1	11,1	65,0	57,3	88,2	4 398	588	2,59	719
1972	85,9	16,3	69,6	60,3	86,6	4 905	573	2,81	775
1973	96,3	15,6	80,7	68,0	84,3	5 577	574	3,20	776
1974	103,3	14,9	88,3	5) 70,0	79,3	6 201	5) 576	3,57	771
1960 bis 1974	1 198,2	171,1	1 026,9	794,9	77,4	66 372	538	35,68	664

¹⁾ Geschaffene Wohnfläche sowohl der neugebauten als auch der durch Ausbau und Umbau gewonnenen Wohnungen. — ²⁾ Ohne Folgekosten. —
³⁾ Preisbereinigte Gesamtbaupreise. — ⁴⁾ Für den Wohnungsbau aufgewendete Mittel einschließlich Folgekosten, jedoch ohne Mittel für die
Erhaltung des Wohnungsbestandes. — ⁵⁾ Geschätzt.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR, Statistisches Taschenbuch der DDR 1975 sowie Eigenberechnungen.

Unstetigkeit war, daß die knappen Baukapazitäten vornehmlich für wachstumsfördernde Projekte eingesetzt wurden; bei dort auftretenden Störungen wurde darüber hinaus auf die für den Wohnungsbau reservierten Kapazitäten zurückgegriffen. Seit Anfang der siebziger Jahre steigt die Zahl der jährlich gebauten Wohnungen jedoch rasch an.

Rund 14 vH der seit 1960 fertiggestellten Wohnungen sind durch Um- und Ausbau vorhandener Wohngebäude entstanden, so daß der reine Neubau etwas mehr als 1 Mill. Wohnungen umfaßt. Von diesen ist ein zunehmender Teil in Fertigbauweise errichtet worden. Knappe Baukapazitäten und eine permanent angespannte Arbeitskräftesituation hatten die DDR bereits frühzeitig zu weitreichender Rationalisierung der Wohnungsbautechnik veranlaßt. So zeigte der Anteil des Montagebaus von 1960 bis 1966 eine sehr starke Zunahme von 32 auf 93 vH; seitdem ist er — bei einer Jahreskapazität der Beton-Plattenwerke von 66 000 bis 68 000 Wohnungen — auf rund 80 vH zurückgegangen⁵. Der starke Einsatz der Fertigbauweise sowie auch Fortschritte bei der Bauablaufplanung (verbesserte zeitliche Abstimmung der Teilprozesse mittels Netzplantechnik und EDV-Berechnungen) bewirkten, daß die durchschnittlichen Bauzeiten seit 1960 von 16 auf 9 Monate sanken.

Die Ausstattung der neuen Wohnungen zeigt erhebliche Verbesserungen: Nahezu alle der seit 1973 gebauten Wohnungen weisen Bad, Warmwas-

seranschlüsse (1960: 17 vH) sowie Einbauküchen (1960: 26 vH) auf, mit Zentralheizung sind 94 vH (1960: 9 vH; 1970: 74 vH) ausgerüstet. Über Balkon bzw. Loggia verfügen 76 vH (1960: 37 vH) der neugebauten Wohnungen. Hinzukommen bei größeren Baukomplexen vermehrt auch Gemeinschaftseinrichtungen (z. B. Waschstationen, Kinderkrippen).⁶

Vergleich von Wohnungsversorgung und Wohnungsbauleistungen mit der Bundesrepublik Deutschland

Rein quantitativ war die Wohnungsversorgung in der DDR — angesichts geringerer Kriegszerstörungen und stagnierender Bevölkerungszahl — in der Vergangenheit besser als in der Bundesrepublik. Gegenwärtig beläuft sich der Wohnungsbestand der DDR auf 6,35 Mill. Wohnungen. Bei einer Wohnbevölkerung von knapp 17 Mill. Personen standen Ende 1974 je 1 000 Einwohner 375 Wohnungen zur Verfügung (1961: 327). In der Bundesrepublik waren es bei einem Bestand von 23,2 Mill. Wohnungen 374 (1961: 292). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die westdeutschen Wohnungen im Durchschnitt um ein Viertel größer sind als die der DDR (72 gegenüber

⁵ Der Anteil der Fertigbauweise beträgt heute in Westdeutschland 11 vH; bei Einfamilienhäusern ist er etwas höher (13 vH).

⁶ An Gemeinschaftseinrichtungen wurden im Zeitraum von 1971 bis Ende des ersten Quartals 1975 insgesamt 54 000 Kinderkrippenplätze sowie 79 000 Kindergartenplätze geschaffen, das sind 2 bis 3 vH mehr als für den gesamten Fünfjahrplanzeitraum geplant waren.

Der Wohnungsbestand der DDR nach Bezirken
Stand: Jahresanfang 1975

Bezirk	Be- stand ¹⁾ in 1000 Woh- nungen	Wohn- dichte Zahl der Per- sonen je Woh- nung	Wohnungsbestand nach Baujahrsgruppen ²⁾		
			vor 1919	1919 bis 1945	nach 1945
			Anteile in vH des Gesamtbestandes		
Berlin	484	2,3	51	21	28
Cottbus	322	2,7	39	23	38
Dresden	712	2,6	58	21	21
Erfurt	436	2,9	57	19	24
Frankfurt	251	2,7	38	26	36
Gera	278	2,7	56	18	26
Halle	698	2,7	52	22	26
Karl-Marx-Stadt	810	2,5	62	20	18
Leipzig	560	2,6	59	21	20
Magdeburg	483	2,7	58	19	23
Neubrandenburg	213	3,0	47	16	37
Potsdam	411	2,7	44	33	25
Rostock	292	3,0	43	18	39
Schwerin	204	2,9	54	17	29
Suhl	200	2,8	54	24	22
DDR, insgesamt	6 354	2,7	53	21	26

¹⁾ Fortschreibung der Ergebnisse der Wohnungszählung vom 1. 1. 1971. — ²⁾ Fortschreibung der Wohnungsbestände von 1971 nach Baujahrsgruppen, wobei neun Zehntel der Abgänge von den vor 1919 und ein Zehntel von den zwischen 1919 und 1945 gebauten Wohnungen abgerechnet wurden.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR, Statistisches Taschenbuch der DDR 1975 sowie Berechnungen und Schätzungen des DIW.

59 qm). Die Pro-Kopf-Versorgung mit Wohnfläche liegt in der Bundesrepublik bei 27 qm (1961: knapp 20 qm), in der DDR bei 22 qm (1961: 17 qm).

Aus der im Vergleich zur Bundesrepublik in der Vergangenheit relativ geringeren Dringlichkeit des Wohnungsbaus resultierte in der DDR ein weitaus niedrigerer Anteil am Bauvolumen: Während seit 1960 in Westdeutschland gut 40 vH des Bauvolumens auf den Wohnungsbau entfallen, waren es in der DDR in der ersten Hälfte der sechziger Jahre nur etwas über 30 vH, 1970 lediglich 24 vH und gegenwärtig 27 vH. Je Einwohner gerechnet ist der Abstand beim Wohnungsbau höher als beim gesamten Bauvolumen. Setzt man die Pro-Kopf-Bauproduktion in der Bundesrepublik gleich 100, so erreichte die DDR real (in vH):

	1960	1970	1973	1974
Bauvolumen	52	72	80	93
darunter Wohnungsbau	40	46	50	63

Die Entwicklung im vergangenen Jahr ist weniger auf Leistungssteigerungen in der DDR als darauf zurückzuführen, daß in Westdeutschland das reale Bau- und Wohnungsbauvolumen stark zurückgegangen ist.

Seit 1960 sind in der Bundesrepublik 8,5 Mill. Wohnungen gebaut worden, das sind siebenmal soviel wie in der DDR. Während die Durchschnittsgröße der neugebauten Wohnungen in der DDR 1960 bis 1967 von 55 auf 51 qm abnahm — seitdem stieg sie langsam wieder auf 60 qm an —, verzeichnete die Bundesrepublik in den vergangenen 15 Jahren eine Erhöhung von 75 auf 87 qm.

An Baukosten wurden im Jahr 1967 je qm Wohnfläche in der DDR 544 Mark gegenüber 601 DM in Westdeutschland aufgewandt. Bessere Qualität und vielseitigere Ausstattung in der Bundesrepublik dürften diesen Unterschied erklären. Wegen der erheblichen westdeutschen Baupreiserhöhungen können die — seit 1967 konstanten — spezifischen Baukosten im Wohnungsbau der DDR heute um 35 bis 40 vH niedriger veranschlagt werden als in der Bundesrepublik.

Angesichts der erheblich stärkeren Neubautätigkeit sind heute in Westdeutschland mehr als die Hälfte des Bestandes nach dem zweiten Weltkrieg gebaute Wohnungen, in der DDR etwas mehr als ein Viertel. 53 vH der Wohnungen in der DDR sind vor 1919 gebaut. Auch die Ausstattung ist häufig noch unzureichend: Anfang 1971 waren nur 11 vH aller Wohnungen mit Zentralheizung, 42 vH mit Innentoilette und 39 vH mit Bad ausgerüstet. Über Wasserleitungen verfügten 82 vH der Wohnungen. Unter den vor 1900 errichteten Wohnungen (38 vH des Bestandes) wies nur jede fünfunddreißigste Zentralheizung, jede siebente eine Innentoilette und jede sechste ein Bad auf.

Die regionalen Ziele des Wohnungsbauprogramms bis 1980

Diese qualitativen Mängel sind zwischen den Bezirken recht ungleichmäßig verteilt: So entfielen Anfang dieses Jahres beispielsweise rund 60 vH des Bestandes in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Magdeburg und Dresden auf mindestens 55 Jahre alte Wohnungen, in Frankfurt und Cottbus waren es weniger als 40 vH.

Der vorgesehene Neubau konzentriert sich vornehmlich auf die Bezirke mit hohen Altbeständen, um Anfang der achtziger Jahre den Abriß nicht

Regionaler Wohnungsbau der DDR 1971 bis 1980

Bezirk	Neubau					Umbau, Ausbau und Modernisierung				
	1971 bis 1975			1976 bis 1980		1971 bis 1975			1976 bis 1980	
	Plan ¹⁾	Ist ²⁾	Unter- bzw. Über- erfüllung	Plan ³⁾	Veränderung gegen- über Ist 1971 bis 1975	Plan ¹⁾	Ist ²⁾	Über- erfüllung	Plan ³⁾	Veränderung gegen- über Ist 1971 bis 1975
	in 1000 Wohnungen			in vH		in 1000 Wohnungen			in vH	
Berlin	31	31,7	+ 0,7	55	74	10	13,7	+ 3,7	22,5	64
Cottbus	27	27,7	+ 0,7	35	26	5,5	8,9	+ 3,4	9	1
Dresden	34	33,0	— 1,0	45	36	15	16,1	+ 1,1	19	18
Erfurt	27,5	29,0	+ 1,5	37	28	8,5	13,5	+ 5,0	16	19
Frankfurt	24	24,5	+ 0,5	31	27	6	8,0	+ 2,0	8,5	6
Gera	20	21,6	+ 1,6	25	16	5,5	11,6	+ 6,1	8	— 31
Halle	38	40,5	+ 2,5	54	33	13,5	18,1	+ 4,6	20	10
Karl-Marx-Stadt	33	33,2	+ 0,2	52	57	10	22,0	+ 12,0	30	36
Leipzig	28	26,5	— 1,5	50	89	14	20,5	+ 6,5	10	— 51
Magdeburg	30	30,8	+ 0,8	41	33	7	22,6	+ 15,6	17	— 25
Neubrandenburg	19	19,1	+ 0,1	24	26	3,5	6,9	+ 3,4	7,5	9
Potsdam	23	24,2	+ 1,2	32	32	7	11,8	+ 4,8	10,5	— 11
Rostock	26	29,8	+ 3,8	35	17	4	7,8	+ 3,8	8,5	9
Schwerin	14	15,2	+ 1,2	21	38	3	6,8	+ 3,8	6,5	— 4
Suhl	9	10,9	+ 1,9	13	19	4	7,4	+ 3,4	7	— 5
DDR, insgesamt	383,5	397,7	+ 14,2	550	38	116,5	195,7	+ 79,2	200	2

¹⁾ Angaben entsprechend dem Volkswirtschaftsplan 1971 bis 1975 (GBI. d. DDR Teil I/1971, Nr. 10 vom 20. 12. 1971) bzw. der Direktive des VIII. Parteitag der SED zum Fünfjahrplan auf die Bezirke verteilt. — ²⁾ Tatsächliches Ist 1971 bis 1974 zuzüglich der Planansätze des Jahresplans der DDR bzw. der Bezirkspläne für 1975. — ³⁾ Ausführungen des Ministers für Bauwesen zum Wohnungsbau 1976 bis 1980 sowie Angaben aus der Bezirkspresse. — ⁴⁾ Geschätzt.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Statistisches Taschenbuch der DDR 1975; Volkswirtschaftspläne 1975; Ausführungen des Ministers für Bauwesen auf der 6. Baukonferenz der DDR (Neues Deutschland vom 24. 4. 1975, S. 3ff); Eigenberechnungen.

erneuerungsfähiger Wohngebäude zu ermöglichen. Mit der Modernisierung⁷ sollen hingegen die dafür geeigneten Altbestände den heutigen Ausstattungsanforderungen angepaßt werden. Darüber hinaus spielt als Ziel des Wohnungsbauprogramms aber auch die Schaffung von Wohnraum für Arbeitskräfte in neuen Industriezentren eine Rolle — beispielsweise in den Bezirken Frankfurt, Cottbus und Rostock.

Allein ein Zehntel aller Neubauwohnungen soll in Ost-Berlin errichtet werden. Von diesen 55 000 Wohnungen wiederum ist eine Zahl von 20 000 für das neue Wohngebiet Biesdorf/Marzahn vorgesehen⁸. Hohe Planziele weisen daneben die Bezirke Halle, Karl-Marx-Stadt, Leipzig (je 50 000 Wohnungen und darüber) sowie Dresden und Magdeburg (mit je 40 000 bis 45 000 Wohnungen) auf. Auch hier sollen neue Wohngebiete (beispielsweise Leipzig-Grünau⁹ und Magdeburg-Nord¹⁰) erschlossen werden.

Um die regionalen Planziele bis 1980 einigermaßen realistischen Vergleichsdaten für die bis Ende 1975 zu erwartende Leistung der Bezirke gegenüberstellen zu können, wurden die Ist-Daten der Jahre 1971 bis 1974 und die Plandaten des Jahresplanes 1975 addiert — ein angesichts der bisher erfüllten anteili-

gen Jahresplanziele dieses Jahres gerechtfertigtes Verfahren. Die so ermittelten Zahlen lassen erkennen, daß

- für den gesamten Zeitraum des laufenden Fünfjahrplanes eine Übererfüllung von 14 000 Neubauwohnungen zu erwarten ist, die sich allerdings recht ungleichmäßig auf die Bezirke verteilt;
- die Neubautätigkeit im kommenden Planjahr fünf in jenen Bezirken besonders stark steigen soll, die auch im laufenden Fünfjahrplanzeitraum vor-

⁷ Die Kosten der Modernisierungen sind auf durchschnittlich 35 vH und höchstens 70 vH der Aufwendungen einer vergleichbaren Neubauwohnung begrenzt, wobei die Restnutzungsdauer der Wohnung um mindestens 30 Jahre verlängert werden soll.

Es werden drei Stufen der Modernisierung unterschieden: Mindestens ist der Einbau von Be- und Entwässerung sowie modernem Herd vorgesehen, vielfach auch die Ausstattung mit Bädern, Duschen und Warmwasserversorgung. Erst die dritte Stufe, auf die im Jahre 1973 15 vH der damals modernisierten Wohnungen entfallen sind, umfaßt auch den Einbau einer Zentralheizungsanlage.

⁸ In diesem größten zusammenhängenden Neubaugebiet der DDR ist bis 1985 der Bau von insgesamt 35 000 Wohnungen geplant. In dem damit entstehenden 9. Stadtbezirk Ost-Berlins sollen 100 000 Personen wohnen. Vgl. Neues Deutschland vom 25. 4. 1975, S. 6.

⁹ In Leipzig-Grünau ist bis 1980 die Errichtung eines neuen Wohngebietes mit 20 000 Wohnungen vorgesehen. Vgl. Neue Zeit vom 14. 6. 1974.

¹⁰ Das bereits begonnene Neubauviertel in Magdeburg-Nord soll insgesamt 10 500 Wohnungen umfassen. Vgl. Volksstimme, Magdeburg, vom 17. 5. 1972.

rangig mit Wohnbauten bedacht worden sind (Ausnahme: Schwerin und Potsdam).

Seit Ende 1971 wird der Bau von Eigenheimen¹¹ gefördert; im kommenden Jahrfünft sollen 40 000 bis 50 000 gebaut werden. Die Eigenheime sind vornehmlich für Familien von Arbeitern und Genossenschaftsbauern bzw. für kinderreiche Familien bestimmt. Auf diesen Personenkreis entfallen bisher 85 vH der neuen Eigenheime, bei deren Bau besondere staatliche Vergünstigungen gewährt werden¹². Hemmend scheinen sich beim Eigenheimbau bisher allerdings noch Schwierigkeiten bei der Materialbereitstellung sowie der Finanzierung auszuwirken.

Der Um- und Ausbau sowie die Modernisierung sollen im kommenden Planjahrfünft die Größenordnung haben, die während des laufenden Fünfjahrplans bis Ende dieses Jahres realisiert werden wird. Insbesondere in Ost-Berlin und Karl-Marx-Stadt soll die Generalüberholung von Wohnungen forciert, hingegen in Leipzig und Gera sowie in Magdeburg — dem Bezirk mit dem höchsten Planvorsprung — soll sie gedrosselt werden. Damit scheinen in größerem Maße als bisher Verlagerungen von Baukapazitäten über die Bezirksgrenzen hinaus beabsichtigt zu sein.

Erfüllungschancen des Programms

Zur Erfüllung der hochgesteckten Ziele ist in der DDR eine Reihe von technischen Voraussetzungen geschaffen worden. Bis 1980 soll nahezu die Hälfte aller Neubauten mit dem standardisierten, aber dennoch stark variablen Wohnhaustyp WBS 70 errichtet werden, dessen Teile bereits Innenausrüstungen (wie Rohre, Leitungen, z. T. auch vorgefertigte Bad- sowie Aufzugschachtzellen) enthalten. Es sind zudem kunststoffbeschichtete witterungsfeste Dachelemente entwickelt worden, nach deren Montage sich jede weitere Dachbeschichtung erübrigt¹³. Im Tiefbau, der insbesondere bei den großangelegten Neubausiedlungen erhebliche Leistungen für die Grundstückserschließung erbringen muß, wurden ebenfalls neue Methoden eingeführt. So soll zum Beispiel die — alle Leitungen erfassende — Sammelkanalmethode angewendet werden¹⁴, die den Einsatz von Fertigteilen ermöglicht und außerdem den Vorteil des leichteren Zugangs für Wartungsarbeiten bietet. Mit organisatorischen Maßnahmen soll überdies die Bauablauf-

planung verbessert und die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten erhöht werden.

Gleichwohl dürfte die hinter den Planzielen stehende Zunahme der Arbeitsproduktivität nicht zu verwirklichen sein. Das gegenwärtige Wohnungsbauvolumen (7,5 Mrd. Mark) müßte bis 1980 um jährlich 16 vH (auf 15,8 Mrd. Mark) steigen, um in den Jahren 1976 bis 1980 einer kumulierten Summe von 60 Mrd. Mark zu entsprechen. Nimmt man an, daß von diesem Zuwachs — trotz der angespannten Arbeitsmarktlage — rund 2 Prozentpunkte durch zusätzlichen Arbeitskräfteeinsatz zu erzielen sind¹⁵, so gälte es immer noch, eine jährliche Zunahme der Arbeitsproduktivität im Wohnungsbau von rund 14 vH durchzusetzen, eine Rate, die mittelfristig wohl nicht als realistisch anzusehen ist.

Darüber hinaus ist das Wohnungsbauprogramm nicht isoliert von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu beurteilen. Das Programm wurde zu einer Zeit konzipiert, als die allgemeinen volkswirtschaftlichen Wachstumsvoraussetzungen noch günstiger erschienen, als sie sich heute darstellen. Inzwischen haben sich auf dem Rohstoff- und insbesondere auf dem Energiesektor erhebliche Veränderungen ergeben.

Der Wohnungsbau konkurriert zur Zeit sowohl hinsichtlich der finanziellen Mittel im Staatshaushalt als auch hinsichtlich der Inanspruchnahme von Ressourcen bei der gesamten Produktion mit neuen Aufgaben:

- Beim Staatshaushalt müssen die Subventionen erheblich zunehmen, wenn trotz der erhöhten Importpreise das Verbraucherpreisniveau konstant bleiben soll; außerdem muß die Erschließung der eigenen Energiequellen forciert werden.
- Gesamtwirtschaftlich wird von der Produktion ein größerer Anteil als vordem für den Export bereitgestellt werden müssen, um den Import zu finan-

¹¹ Für verschiedene, vorwiegend aus Fertigteilen herzustellende Grundtypen ist ein Höchstaufwand (einschl. Eigenleistungen) von 65 000 bis 80 000 Mark vorgesehen.

¹² Z. B. Befreiung von der Pacht bei volkseigenen Grundstücken, Gewährung von Grundsteuerfreiheit sowie staatlicher Tilgungszuschüsse (10 vH der Eigenleistung).

¹³ Vgl. Presse-Informationen Nr. 117/1974, S. 4/5.

¹⁴ Vgl. Presse-Informationen Nr. 40/1975, S. 4/5.

¹⁵ Der Minister für Bauwesen hatte einen zusätzlichen Einsatz von jährlich 3 500 bis 4 000 Arbeitskräften im Wohnungsbau angekündigt. Vgl. Neues Deutschland vom 4. 10. 1973, S. 6.

zieren, so daß die inländische Verwendung relativ geschmälert wird.

- Zugleich sind wegen der überbeanspruchten Infrastruktur erhebliche zusätzliche Investitionen erforderlich, insbesondere im Bereich der Wasserwirtschaft und des Verkehrswesens.

Soll das vorliegende Wohnungsbauprogramm unverändert realisiert werden, so müssen im Staatshaushalt erhebliche Mittel für Wohnungsbauinvestitionen eingesetzt werden. Überdies würde sich – bei

der gegebenen Mietenpolitik – mit wachsendem Wohnungsbestand die Summe der jährlich zu erbringenden Mietpreissubventionen erhöhen. Außerdem kann der bisher nur unzulänglich ausgestattete Tiefbausektor die notwendige Verdoppelung seiner Produktionsleistungen nur dann erbringen, wenn in großem Umfang moderne Maschinen und Ausrüstungen importiert werden. Aus all diesen Gründen ist es fraglich, ob sich das Wohnungsbauprogramm in der ursprünglich konzipierten Größenordnung konsistent in den künftigen Fünfjahrplan einfügen läßt.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

- Nr. 100 **Makroökonomische Entscheidungskriterien für den Aufbau alternativ großer Park-and-Ride-Systeme als Bestandteil des Nahverkehrs in einem Ballungsgebiet, dargestellt am Beispiel Hamburg.** Von J. Niklas. 61 S. 1974. DM 33,60.
- Nr. 101 **Qualitative Arbeitsmarktsteuerung.** Probleme und Möglichkeiten. Von K.-P. Gaulke. 158 S. 1974. DM 49,60.
- Nr. 102 **Die Entwicklung in der Güterverkehrssituation West-Berlins 1970 bis 1980.** Von R. Hopf. 234 S. 1975. DM 64,60.
- Nr. 103 **Leistungsstruktur der Bauwirtschaft und Perspektiven der Baunachfrage in West-Berlin.** Von H. Droege und P. Ring. 164 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 104 **Bedeutung und Möglichkeiten des Ost-West-Handels mit Energierohstoffen.** Von J. Bethkenhagen. 302 S. 1975. DM 76,—.
- Nr. 105 **Prognose des regionalen Angebots an Arbeitsplätzen.** Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Von H. Birg unter Mitarbeit von E. Jöhrens und W. Kirner. 96 S. 1975.

Im Druck:

- Nr. 106 **Inflations- und Strukturwirkungen von Verteilungs- und Verwendungskonflikten in den vier großen EG-Ländern.** Von M. Teschner.

Beiträge zur Strukturforschung

- Heft 35 **Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990.** Von H. Birg. 300 S. 1975. DM 98,—.
- Heft 36 **Die Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern von 1960 bis 1972.** Von N. Engler. 66 S. 1975. DM 22,60.

Im Druck:

- Heft 37 **Wertschöpfungspräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz.** Ergebnisse einer ersten Erfolgskontrolle. Von P. Ring.

Zu beziehen durch den Verlag Duncker & Humblot

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5

Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Noch keine Besserung der Lage am Arbeitsmarkt in Sicht bearbeitet von Gerhard Göseke. —

Das langfristige Wohnungsbauprogramm der DDR bearbeitet von Manfred Melzer.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: ZIPPEL-DRUCK, Herbert Zippel KG, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43
Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.